

DER STACHEL

EXTRA

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

~~7~~ 7. Juni 2009 - Europawahl



Change for Europe!

Aufgepasst

Weise Worte.

Seite 3

Europäische Integration

Was geht?

Seite 4-5

Ulrike Rodust

Stark und sozial.

Seite 6-7

Young European Socialists

Wir in Europa!

Seite 7

Abrüstung jetzt

Europa des Friedens.

Seiten 8-9

Ökologisches Europa

Prima Klima?

Seite 10-11

Dr. Knelangen

Europasprechstunde.

Seite 12-14

Impressum



Herausgeber:

Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde,
Thomas Stegemann
(V.i.S.d.P.),
Kleiner Kuhberg 28-30,
24103 Kiel,
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:

Götz Borchert,
(goetz@jusos-rd-eck.de)

Redaktion:

Elena Pieper,
Thomas Stegemann
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:

Tobias Seidel
(jusos@tobiassseidel.eu)

Auflage:

5000

Druck:

Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel



Liebe Leserinnen und Leser,

am 7. Juni findet die Europawahl statt. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aus Rendsburg-Eckernförde begreifen dieses Datum als Chance, Europa sozialer zu gestalten und damit auch positive Effekte für unsere Region zu erzielen.

Derzeit wird Europa rechts-konservativ regiert. Parteien wie die CDU, Silvio Berlusconis „Forza Italia“ und Konservative aus Frankreich, Großbritannien und anderen Mitgliedstaaten bestimmen die europäischen Entscheidungen maßgeblich. Dies hat dazu geführt, dass die europäische Integration nahezu nur auf wirtschaftlicher Ebene stattfindet. Sozial Aspekte, die Sicherung des Friedens oder auch die dringend erforderliche Verbesserung der Asylpolitik wurden vernachlässigt. Das kann sich mit der Europawahl aber ändern!

In dieser STACHEL-Sonderausgabe zur Europawahl 2009 möchten wir euch einige unserer europapolitischen Positionierungen darstellen. Wir selbst sind über die ECOSY politisch auch auf europäischer Ebene aktiv. Mehr darüber erfahrt ihr auf Seite 6.

Außerdem stellen wir auch die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust vor, die bei den Wahlen erneut für das europäische Parlament kandidiert.

Zum Abschluss haben wir mit dem Politikwissenschaftler Dr. Wilhelm Knelangen, einem Experten in Sachen europäische Integration, über die Zukunftsaussichten der Union und des zu wählenden Parlaments gesprochen.

Also: Auf jeden Fall wählen gehen! Bei der Wahl am 7. Juni habt ihr eine Stimme. Die Partei, die ihr ins europäische Parlament wählt, kann dann die Politik aktiv gestalten. Die nächsten Seiten sollen auch dabei eine kleine Entscheidungshilfe sein.

Viel Spaß beim Lesen!
Mit roten Grüßen,

Götz Borchert,
STACHEL-Chefredakteur



Thomas Stegemann,
Kreisvorsitzender



Auf der Suche nach dem „europäischen demos“

Zum Problem mangelhafter direkter Legitimation europäischer Politik.

Wenn am 7. Juni das Ergebnis der Wahlen zum nächsten Europäischen Parlament (EP) feststeht, wird, soviel kann jetzt schon ohne besondere hellseherische Fähigkeiten vorweggenommen werden, neben den Ergebnissen der einzelnen Parteien eine weitere Zahl fast fraktionsübergreifend für Gesprächsstoff sorgen: Die Zahl derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die an den Wahlen teilgenommen haben werden. Sie wird, was seit 1979 eigentlich nie anders war, beängstigend gering sein. Die Entwicklung parlamentarischer Demokratie auf europäischer Ebene und einige Vermutungen über die Ursachen bestehender Defizite sollen Gegenstand dieses Artikels sein.

Bis zum heutigen Tag sind die Regierungen der inzwischen 27 Mitgliedstaaten diejenigen Akteure geblieben, bei denen letztendlich die Entscheidungsgewalt über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union liegt. Die Regierungen haben sich diese Macht entlang einer ganzen Reihe zwischenstaatlicher Vertragsrevisionen erhalten bzw. sogar noch ausgebaut¹. Auch

1 grundlegend hierzu: Moravcsik, Andrew: „The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht“, London, Cornell University Press, 1998.

wenn es dem Europäischen Parlament, das sich diese Bezeichnung erst im Laufe der Zeit erkämpft hat², in den letzten 50 Jahren gelungen ist, seine Kompetenzen um Mitspracherechte in Haushaltsfragen und Vetorechte bei der Installation der EU-Kommission zu erweitern, bleibt den aktuell 785 Abgeordneten in Brüssel und Strassburg ein Großteil der Einflussmöglichkeiten nationaler Parlamentarier verwehrt. Es liegt zum einen an der oben erwähnten Stellung nationaler politischer Systeme, dass der am 7. 6. anstehende Urnengang in der (Fach-) Öffentlichkeit abschätzig als „nationale Nebenwahl“ qualifiziert wird, jedoch ist auch die innere Verfasstheit des EP nicht gerade dazu geeignet, bei den Wählerinnen und Wählern Begeisterungstürme über ihre Partizipationsmöglichkeiten auszulösen. Das beginnt damit, dass die einzelnen Staaten im EP, das nach einem länderspezifischen Verhältniswahlrecht³ gewählt wird, „degressiv-

2 Offiziell existiert die Bezeichnung „Europäisches Parlament“ erst seit dem Vertrag von Maastricht. Zur Entwicklung des EP siehe: Tömmel, Ingeborg: „Das politische System der Europäischen Union“, 3. Aufl., München, Oldenbourg, 2008.

3 zum EP-Wahlrecht siehe:

proportional“ vertreten sind. Für den EU-Neuling Malta bedeutet dies beispielsweise eine gegenüber Deutschland um ein Vielfaches höhere Repräsentanz im EP. Man mag diese und viele weitere Mängel (den „Sitzungstourismus“ zwischen Brüssel und Strassburg, die fehlenden Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Kommission, usw.) beklagen, an der Notwendigkeit einer europäischen Volksvertretung ändert sich, so meine ich, nichts. Der Prozess der Europäischen Integration war bis heute größtenteils ein „Eliten-Projekt“, getragen von Kommissions-Bürokraten, nationalen Spitzenpolitikern und nicht zuletzt interessierten Unternehmen⁴. Die EU sorgte der Wahrnehmung nach höchstens in Fragen der Krümmung von Bananen oder durch Korruption und Vetternwirtschaft in der Kommission für länger anhaltendes mediales Interesse.

Damit die Europäische Union in Zukunft zu einem Projekt der Bürgerinnen und Bürger wird, bedarf es einer europäischen Öffentlichkeit und eines Wahlvolks („demos“), das die Prozesse, die im

Nohlen, Dieter: „Wahlrecht und Parteiensystem“, 5. Aufl., Wiesbaden, VS-Verlag, 2007.

4 vgl.: Sandholtz, Wayne/John Zysman, 1989: “1992: Recasting the European Bargain.” In: World Politics 42, 95-128.

halbjährlichen Tagungsturnus des Europäischen Rates weitgehend hinter verschlossenen Türen in die Wege geleitet werden, hinterfragt und mitgestaltet. Eine verstärkte Meinungsbildung über europapolitische Sachverhalte (zu der auch der vorliegende STACHEL beitragen soll) ist ein erster Schritt bei dem Bemühen, die Relevanz der europäischen Rechtsetzung für die nationalstaatliche Ebene deutlich zu machen. Die im Reformvertrag von Lissabon (falls er denn ratifiziert wird) vorgesehenen Kompetenzerweiterungen des EP sind ein (vorsichtiger) Schritt in die richtige Richtung. Mit einer zukünftig starken sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament wird es, so meine Hoffnung, gelingen, die legislativen Befugnisse des Parlaments weiter zu stärken und den im Hinblick auf sein ursprüngliches Ziel nicht ganz erfolglosen Integrationsprozess um eine soziale Dimension zu erweitern. Sollte das Europäische Parlament hier erfolgreich sein, so wird vielleicht schon 2014 über ein reges Interesse an den Wahlen zum Brüsseler Parlament berichtet, das einst als kümmerliche Versammlung von Abgeordneten nationaler Parlamente startete.

Johann Eggert

Ulrike Rodust

Ich wurde am 4. Juni 1949 in Quakenbrück geboren, bin verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder. Als ausgebildete Industriekauffrau, Hauswirtschaftlerin und Buchhalterin habe ich mit meinem Mann zusammen fast zwanzig Jahre mehrere Restaurants geführt. Von 1993 bis 2008 war ich Mitglied für die SPD im Landtag Schleswig-Holsteins. Ich bin Bürgermeisterin in Holzdorf, im Kreis Rendsburg-Eckernförde und seit September 2008 Mitglied des Europäischen Parlaments. Fantastisch von meiner Arbeit entspannen kann ich beim Nordic Walking an der Ostsee und im Gespräch mit Freunden.



Für Europa: stark und sozial!

Für die europäische Idee von friedlichem Zusammenleben und sozialer Gerechtigkeit engagiere ich mich mit Begeisterung: seit dem vergangenen Jahr als Mitglied des Europäischen Parlaments, zuvor als Vertreterin Schleswig-Holsteins im Ausschuss der Regionen und als Vorsitzende des Europaausschusses des schleswig-holsteinischen Landtags. Meine Europabegeisterung teilen viele junge Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Sie nutzen die Möglichkeiten, die die Europäische Union bietet, um

andere Mitgliedsländer kennen zu lernen: Schulpartnerschaften, Jugendaustausch, Europäischer Freiwilligendienst, Praktika und Auslandssemester. Die Selbstverständlichkeit, mit der viele junge Menschen den „Alltag Europa“ leben ist einer der schönsten Erfolge der europäischen Einigung!

Nach der Schaffung des Binnenmarktes, einer gemeinsamen Währung und der friedlichen Einigung des Kontinents durch die Erweiterung, sehe ich als Sozialdemokratin in der Arbeit an

einem sozialen Europa das große Integrationsprojekt der kommenden Jahre. Wir brauchen faire, gerechte Zustände und klare Regeln für die Märkte. Wir müssen solide ökologische Standards und hohe Qualitätsmaßstäbe bei Produkten auch gegen die Interessen einflussreicher Lobbyisten verteidigen. Dazu müssen wir möglichst viele Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen - denn jede nicht abgegebene Stimme stärkt diejenigen Kräfte in Europa, die das Wettbewerbsrecht über Arbeits-



und Verbraucherrechte stellen. Das soziale Europa braucht andere Mehrheiten - auch im Europäischen Parlament. Und über diese Mehrheiten wird am 7. Juni 2009 entschieden.

Ulrike Rodust

ECOSY - Young European Socialists

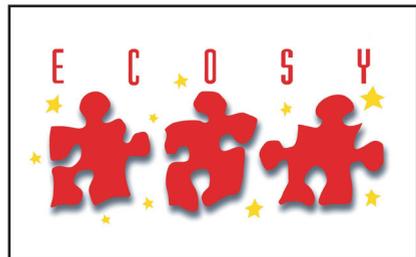
Hinter der Abkürzung ECOSY verbarg sich einst der lange Name „European Community Organisation of Socialist Youth (Europäische Gemeinschafts-organisation der sozialistischen Jugend). 1992 schlossen sich die sozialistischen Jugendorganisationen in der Europäischen Gemeinschaft(EG) unter diesem Banner zusammen. Nachdem jedoch 1993 die EG in die Europäische Union umgewandelt wurde behielt die Organisation ihren Namen mit dem Zusatz „Young European Socialists“.

ECOSY ist also der europaweite Zusammenschluss der sozialistischen Jugendorganisationen (aus der Bundesrepublik die Jusos und SJD - Die Falken) mit einem demokratisch gewähltem Vorstand (von den Jusos ist Nils Hindersmann

stellv. Vorsitzender von ECOSY) und nicht zuletzt dadurch dem einen oder anderen bekannt, da ECOSY alle 2 Jahre das Summer-Camp organisiert. Dort treffen sich bis zu 3000 JungsozialistInnen aus ganz Europa und pflegen den politischen Austausch und die Freundschaft.

Weitere Infos und welche Organisation alles Mitglied bei ECOSY ist findet ihr unter www.ecosy.org

Thomas Stegemann



Abrüstung für Europa

Im Oktober 2004 unterzeichneten die Regierungen der Europäischen Union einen Verfassungsvertrag für die EU. Obwohl dieser so genannte „Reformvertrag“ 2005 von der französischen und niederländischen Bevölkerung und am 12.06.2008 auch von der irischen Bevölkerung abgelehnt wurde, wollen die Regierungen der EU den Vertrag und seine Inhalte, die in kaum abgewandelter Form bestehen bleiben, einführen.

Für AntimilitaristInnen bestehen enorme Kritikpunkte an diesem Reformvertrag. So verpflichtet der Artikel 28c die Mitgliedsstaaten mehr Geld in den Wehretat zu investieren um „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Zudem soll laut Artikel 28 a, Ziff.3 die bereits 2004 eingerichtete „Europäische Verteidigungsagentur“ „Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ ergreifen. Diese Institution besteht seit 2004 und soll durch den Reformvertrag nachträglich erst legitimiert werden und eine rechtliche Grundlage erhalten, damit arbeitet sie also fast 5 Jahre ohne vertragliche Grundlage. Sollte der Reformvertrag so angenommen werden

werden jegliche Abrüstungsbemühungen stark untergraben, da sie ein Verstoß gegen geltendes europäisches Recht und Vertragsbruch darstellen könnten. Des Weiteren wird ein europäischer Wehretat der so genannte „Anschubfonds“ mit dem Artikel 28, Absatz 3 eingeführt. Bisher war durch den Nizza-Vertrag die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushaltes verboten, was als Hemmschuh für alle Militäristen galt.

In Artikel 21 wird beschlossen, dass das Europäische Parlament in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur noch informiert und angehört wird. Mitentscheiden darf es jedoch nicht, denn jegliche Entscheidung wird vom Europäischen Rat getroffen. Auch die Haushaltskontrolle wird dem Parlament in Rüstungsfragen entzogen. Militärische Missionen können vom europäischen Rat ohne Zustimmung des Parlamentes angeordnet werden, der Europäische Gerichtshof wird laut Artikel 240 für „nicht zuständig“ erklärt und damit entmachtet. Die demokratische Gewaltenteilung wird damit aufgehoben und es entstehen rechtsfreie Machträume für den Europäischen Rat.

Die Ansicht, jegliche Abrüstungs-

anstrengungen auf die EU zu schieben ist jedoch falsch und zeugt von einem Unwillen der Regierungen.

Deutschland war 2006 drittgrößter Waffenexporteur der Welt, nach den USA und Russland. So wurden Waffen für 3,85 Milliarden Dollar aus Deutschland in über hundert Länder der Welt exportiert.



Dennoch machen Waffen lediglich 0,3% der Gesamtexporte Deutschlands aus. Das Argument die Waffenexporte seien essentiell wichtig für die deutsche Wirtschaft ist damit nicht nur falsch sondern auch bewusst irreführend um den Einfluss der Waffenlobby

in Deutschlands Politik zu verschleiern.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass ein großer Teil der in Deutschland hergestellten Waffen direkt, oder auf Umwegen in Krisen- oder Kriegsgebiete gelangt und dort auch eingesetzt wird. Rund 10 Millionen deutsche Heckler & Koch G3-Gewehr befinden sich im Einsatz in Kriegs- und Krisengebieten. Bis heute sind mehr als 1,5 Millionen Menschen mit H & K Waffen erschossen worden. Hunderttausende wurden körperlich verstümmelt und psychisch traumatisiert. Die deutschen Waffenkonzerne brauchen jedoch keine Angst davor zu haben Geld zu verlieren, da sie durch die „Hermes-Kreditversicherung“ zu 100% durch staatliche Bürgschaften, also das Geld der Steuerzahler, abgesichert sind.

Wenn deutsche Politiker also mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die USA oder Russland zeigen ist dies bestenfalls als Doppelmoral zu bewerten. Wir müssen bei uns anfangen, zum Beispiel mit dem Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, denn immer noch werden ca. 20 nukleare Bomben in Büchel, dem Standort des Jagdbombergeschwaders 33 der Bundeswehr, gelagert.

EU-UMWELTPRÄMIE

Präsident Obama träumt öffentlich von nuklearer Abrüstung und begeistert damit auch deutsche Politiker. Dem müssen nun Taten folgen. Die Atomwaffen müssen abgezogen und zerstört werden, deut-

sche Waffenexporteure gehören nicht nur moralisch-ethisch verbotten und das Bewusstsein der Bevölkerung für diese Exporte des Todes muss sensibilisiert werden.

Fabian Stegner

Prima Klima nur mit der Europäischen Union



Als die USA eine Hurrikan-Rekordsaison erlebten und „Kathrina“ weite Teile von New Orleans verwüstete, waren die Folgen des weltweiten Klimawandels Thema Nummer 1.

Doch heute hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren dramatischen Folgen die Aufmerksamkeit für den Klimaschutz verdrängt. Schlimmer noch: Manche wollen die Krise nutzen, beschlossene und notwendige Klimaschutzziele und -maßnahmen wieder einzukassieren. Fatal: denn wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise schon längst überwunden sein wird, besteht die Bedrohung durch den Klimawandel weiter fort oder ist durch Untätigkeit sogar noch gewachsen.

Die Europäische Union hat eine besondere Verantwortung zum

Klimaschutz beizutragen, auch wenn der Anteil der EU-Staaten an den weltweiten Treibhausgasemissionen als Klimakiller Nr. 1 bei „lediglich“ 14% liegt. Aber die EU kann eine bedeutende Vorreiterrolle bei Maßnahmen des Klimaschutzes einnehmen und sich mit ihrem politischen und ökonomischen Gewicht auf internationalen Konferenzen für einen wirkungsvollen Klimaschutz einsetzen. Klimaschutz kann nicht nur nationales Thema sein, denn was nützt es, wenn beispielsweise Holland, Deutschland oder Schweden ihren CO₂ Ausstoss drastisch reduzieren, Polen, Bulgarien oder Italien aber gar nichts tun (Die Namen der Länder sind dabei austauschbar)?

Was hat dies mit dem Europäischen Parlament zu tun?

Das Europäische Parlament be-



Martin Tretbar-Endres, Sprecher des Europaforums der SPD SH und B-Kandidat der Europawahl

stimmt über die Europäische Klimapolitik mit: So hat es im Dezember 2008 das EU-Klimapaket verabschiedet, mit dem ambitionierte Klimaziele in der Europäischen Union bis 2020 erreicht werden sollen:

20% weniger CO₂-Ausstoß, 20% Steigerung der Energieeffizienz und 20% des Energieverbrauches aus erneuerbaren Energiequellen.

In der politischen Auseinandersetzung ging und geht es darum, wie diese Ziele durch konkrete Maßnahmen erreicht werden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament entscheiden daher auch darüber, ob in Europa der eingeschlagene Weg einer konsequenten Klimaschutzpolitik fortgesetzt und verstärkt wird. Schon gibt es aus den Reihen der Konservativen Stimmen, die Klimaschutz als Be-

lastung für die Wirtschaft ansehen.

Das Gegenteil ist der Fall: Aktiver Klimaschutz stärkt die Wirtschaftskraft, schafft Arbeitsplätze und bietet europäischen Unternehmen gute Exportchancen, ist also auch ökonomisch sinnvoll. Die SPD plädiert daher für eine zügige Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen und für eine umfassende europäische Klimaschutzrichtlinie mit ambitionierten Zielen und Maßnahmen auch in Bereichen wie Landwirtschaft, Nahrungsmitteln, Bau oder Verkehr.

Übrigens: Den Klimawandel mit dem Ausbau der Atomenergie zu bekämpfen hieße den Teufel mit dem Beelzebub zu vertreiben: Denn wegen der erheblichen Sicherheitsrisiken, der ungeklärten Entsorgungsfrage radioaktiver Abfälle und der Endlichkeit der Uranvorkommen ist die Atomkraft keine geeignete Lösung, Umwelt und Klima nachhaltig zu schützen und die Energieversorgung zu sichern. Die SPD setzt sich deshalb europaweit für den Atomausstieg zugunsten der Förderung regenerativer Energien ein. Auch darum geht die Entscheidung bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009.

Martin Tretbar-Endres

„Das ist keine blutleere Veranstaltung. Da werden Werte geschaffen!“

Dr. Wilhelm Knelangen ist Politikwissenschaftler und lehrt und forscht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Im STACHEL-Interview sprach der Experte über Parlamentsrechte, den Vertrag von Lissabon, Zukunftsprognosen und Wünsche.

STACHEL: Herr Dr. Knelangen, am 7. Juni findet die Europawahl statt. Warum ist es wichtig wählen zu gehen?

Dr. Knelangen: Die Wahl zum europäischen Parlament ist die einzige Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in diesem recht komplizierten System mitzuzentscheiden. Man muss wissen, dass das Europäische Parlament in den letzten Jahren stark an Mitbestimmungsrechten gewonnen hat. Wenn man möchte, dass bestimmte politische Ziele mehr Unterstützung als in den vergangenen Jahren bekommen, dann muss man wählen gehen.

STACHEL: Welche Wahlbeteiligung erwarten Sie?

Dr. Knelangen: Die Wahlbeteiligung wird sicherlich schwach sein, vermutlich irgendwo um 40 Prozent.

STACHEL: Gibt es in verschiedenen Mitgliedsstaaten unterschiedliche Wahlbeteiligungen?

Dr. Knelangen: Ja. Es gibt Länder mit hoher Wahlbeteiligung, wie Belgien zum Beispiel, wo es eine Wahlpflicht gibt. Darüber hinaus ist sie insgesamt aber immer deutlich niedriger als bei den nationalen Parlamentswahlen.

STACHEL: Ist das Europäische Parlament, das ja gewählt wird, stark genug, um wirklich aktiv Politik machen zu können?

Dr. Knelangen: Das Parlament ist ein gegenüber dem Rat der Minister fast schon gleichberechtigter Mit-Gesetzgeber. Es hat mittlerweile effektive Mitgestaltungsrechte in fast allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, außerdem hat das Parlament beim Haushalt das letzte Wort. Man kann aber einige Felder benennen, wo der Einfluss eher gering ist, z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Verteidigungspolitik und der Steuerpolitik, im Bereich der Bürgerrechte, kurz: in allen Fragen, die eng mit der nationalen Souveränität verbunden sind. Dennoch: Die Rede, dass das Parlament zu wenige Kompetenzen hätte, sollte eigentlich vorbei sein. Das Demokratieproblem ist eher, dass die Struktur der EU es gar nicht richtig zulässt, dass man die politischen Diskussionen als erlebbar und nachvollziehbar wahr-

nehmen kann. Es ist eine riesige Kompromiss-Maschine in Brüssel und das macht es für die Parteien schwer, sich zu profilieren. Da sind die Bürokraten im Vorteil, weil sie auch ohne Öffentlichkeit auskommen. Die bekannten Mechanismen der Übertragung von Positionen aus der europäischen Politik in die Gesellschaft - insbesondere die Medienberichterstattung - funktionieren in Europa nicht so wie in den Staaten. Das ist auch der eigentliche Kern des Problems.

STACHEL: Aber im Moment wird Europa durch konservativ-liberale Mehrheiten regiert, oder?

Dr. Knelangen: Ja, dass ist so. Man muss immer wieder klar machen, dass die EU keine blutleere Veranstaltung ist. Da werden Werte geschaffen. Bestimmte politische Optionen werden geschaffen, andere verworfen. In Deutschland ist man dazu übergegangen auf den Europäischen Gerichtshof und die Europäische Kommission zu schimpfen, weil die Dinge vorantreiben, die uns manchmal nicht gefallen. So kann man zwar sagen: Wir wollen nicht, dass der öffentliche Personennahverkehr in unserer Stadt von Brüssel aus gelenkt wird. Diese Kritik ist verständlich, aber sie verkennt, dass die Rolle der Kommission natürlich auch einen politischen Rückhalt hat. Es gibt Beschlüsse, die man auch ändern könnte, die aber durch die



gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse und Interessen, die dahinter stecken, nicht geändert werden.

STACHEL: Die SPD wirbt ja beispielsweise in Abgrenzung zu anderen Parteien mit dem sozialen Europa, das sie gestalten möchte. Ist der Vertrag von Lissabon ausreichend in Bezug auf die Ziele Europa sozialer und demokratischer zu gestalten? Linke Bewegungen kritisieren ja das Fehlen eines sozialen Anspruchs. Berechtigt?

Dr. Knelangen: Natürlich atmet der Vertrag den Geist des Liberalismus. Deshalb, weil er die europäischen Bürgerinnen und Bürger als Marktbürger begreift. Wenn es um Rechte und Pflichten geht, sind diese fast immer wirtschaftlicher Natur. Aber er ist selbst in diesem

INTERVIEW

Bereich eine Verbesserung, weil mit der Charta der Grundrechte Normen geschaffen werden, die vorher in der europäischen Rechtsprechung keine große Rolle gespielt hätten. Kritik sollte aber an die verantwortlichen Parteien und Regierungen gehen. Mit anderen Worten: Die Kritik an dem neoliberalen Charakter der Union halte ich für nachvollziehbar, aber das Problem ist, dass eine Ablehnung des Vertrages auch nichts Besseres bringt. Aus einer realpolitischen Perspektive heraus, müsste man versuchen auf der Grundlage dieses Vertrags in der täglichen Politik zu einer Verbesserung zu kommen.

STACHEL: Welche Zukunftsperspektive sehen Sie für die Europäische Union?

Dr. Knelangen: Meine Zukunftsprognose ist derzeit nicht sehr optimistisch. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es immer schwieriger wird, diesen Tanker EU überhaupt noch zu bewegen. Deshalb fürchte ich, dass es entweder noch einmal zu einem Ruck kommt, oder dass sich die auseinander treibenden Kräfte durchsetzen werden. Die EU wird nicht aufhören zu existieren. Aber wofür ich schon Tendenzen erkenne, sind Formen zunehmender Differenzierungen. Einzelne Länder werden innerhalb, aber auch am Rande der EU, neue Formen

der Zusammenarbeit entwickeln. Wir haben zwar in Sachen Erweiterung der EU um neue Mitglieder und neue Aufgaben einen qualitativen Schub gehabt. In der Frage, wie wir aber in Institutionen zusammenarbeiten wollen und wie es uns gelingt, zu demokratischen und effektiven Entscheidungen zu kommen, hinken wir aber hinterher.

STACHEL: Für die Jusos Rd-Eck kann ich sagen, dass wir am Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ festhalten werden.

Dr. Knelangen: Ich auch, ich bin nur skeptisch, was tatsächlich erreicht werden kann. Was ich mir wünsche ist eine Vertiefung und das halte ich auch für eine ganz wichtige Aufgabe. Inklusiv einer viel engeren sozialpolitischen Zusammenarbeit und, das ist zwar Zukunftsmusik, aber es muss auch einen Lastenausgleich geben. Ich finde es vernünftig, was die SPD dazu in ihrem europapolitischen Leitanspruch, mit großen Überschneidungen zu den Gewerkschaften, beschlossen hat. In diese Richtung muss sich das entwickeln.

STACHEL: Herr Dr. Knelangen, vielen Dank für das Gespräch.

Mit Dr. Wilhelm Knelangen sprach Götz Borchert.

Jusos in deiner Umgebung

Kreisverband

Ansprechpartner: Thomas Stegemann
thomas@jusos-rd-eck.de

Altenholz und Umgebung

Ansprechpartnerin: Sina Marie Weiß,
sina.marie.weiss@gmx.de

Bordesholm

Ansprechpartner: Fabian Stegner
fabianstegner@yahoo.de

Eckernförde

Ansprechpartner: Torben Küßner
torbenkuessner@gmx.de

www.jusos-rd-eck.de

Gettorf und Umgebung

Ansprechpartner: Tim Witte
gettorf@jusos-rd-eck.org

Kronshagen

Ansprechpartner: Lasse Mempel
lassemempel@gmx.de

Nortorf

Ansprechpartner: Moritz Deutschmann
ritzmo@jusos-rd-eck.org

Rendsburg / Büdelsdorf / Umland

Ansprechpartner: Marlon Kruse
marlonkruse@spd-online.de



UNIVERSAL SOLDIER

Buffy Sainte-Marie, 1964

C G C Am
He's five foot-two, and he's six feet-four,
F G C
He fights with missiles and with spears.
F G C Am
He's all of thirty-one, and he's only seventeen,
F G
Been a soldier for a thousand years.

He's a Catholic, a Hindu, an Atheist, a Jain,
A Buddhist and a Baptist and a Jew.
And he knows he shouldn't kill,
And he knows he always will,
Kill you for me my friend and me for you.

And he's fighting for Canada,
He's fighting for France,
He's fighting for the USA,
And he's fighting for the Russians,
And he's fighting for Japan,
And he thinks we'll put an end to war this way.

And he's fighting for Democracy,
He's fighting for the Reds,
He says it's for the peace of all.
He's the one who must decide,
Who's to live and who's to die,
And he never sees the writing on the wall.

But without him, How would Hitler
have condemned him at Dachau?
Without him Caesar would have stood alone,
He's the one who gives his body
As a weapon of the war,
And without him all this killing can't go on.

He's the Universal Soldier and he really is to blame,
His orders come from far away no more,
They come from here and there and you and me,
And brothers can't you see,
This is not the way we put the end to war.



Buffy Sainte Marie schrieb das Lied im Bezug zum Vietnam Krieg im Purple Onion, einem Kaffee-Haus/Club in San Francisco:

"It was the middle of the night and some soldiers came in. [...] These guys where all bandaged and shot up. [...] It made me question who is responsible for war? - Is it these guys? You can't just point a finger at them. Although... they where there! Or is it generals, who make a career telling these guys what to do? But maybe that doesn't go far enough. Who tells the generals what to do? Who points the generals and the armies at somebody else? Ah. It's the politicians. [...] Who leads the politicians? Ah. It's us! Right. These orders come from far away no more. They come from him and you and me [...] It's about individual responsibility."